

Mauer noch ein bißchen schützt, damit vielleicht eines Tages ein Teil von Deutschland da ist, der Grünen und Sozialdemokraten und anderen, die dann von den Faschisten verfolgt würden, Asyl geben kann.«

Was die DDR betrifft, so hat die Volkskammer in ihrer Stellungnahme zur Verwirklichung der Vereinbarungen des KSZE-Prozesses den Grundsatz bekräftigt, daß niemand das Recht hat, unsere Souveränität anzutasten.

Das gilt auch für die massiven Kampagnen und Einmischungsversuche unter dem Vorwand der Menschenrechte. Ihren Initiatoren geht es am allerwenigsten um die Förderung von Menschenrechten oder um Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen. Sie zielen vielmehr auf eine Vergiftung der Atmosphäre, auf Konfrontation ab. Das zu betonen ist besonders notwendig, weil westliche Medien und Politiker in der Regel die Verletzung beziehungsweise Nichtgewährleistung von international verbrieften Menschenrechten für Millionen Menschen in kapitalistischen Ländern geflissentlich verschweigen, während sie glauben, andere Staaten bevormunden zu können. Stets stand für uns, wie der Außenminister der DDR auf der Pariser Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE unterstrich, das wichtigste Menschenrecht im Vordergrund - das Recht auf Leben, auf Frieden. Die Achtung dieses Rechts ist die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung aller Menschenrechte.

Eine für die Förderung der Menschenrechte und für humanitäre Belange gedeihliche Zusammenarbeit ist nur bei Achtung der souveränen Rechte der Staaten möglich. Die DDR kann auf bedeutende Leistungen bei der Verwirklichung der Menschenrechte in allen Bereichen sowie einen beispielhaften Beitrag zur Zusammenarbeit der Staaten im humanitären Bereich verweisen. So handelte die DDR, indem sie für das Gelingen des Wiener KSZE-Folgetreffens wirkte. Sie macht Tag für Tag durch ihre praktische Politik deutlich, daß sie das in Wien Vereinbarte im Rahmen der nationalen Gesetzgebung ausfüllt und dadurch den KSZE-Prozeß weiterhin aktiv mitgestaltet. Mit ihrer Politik des Dialogs und der Verständigungsbereitschaft setzt sie sich dafür ein, Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit zum Nutzen aller Menschen zum bestimmenden Element in Europa zu machen.